

Sind Zwangsfusionen liberal?

Kurzreferat an der FDP-Kadertagung für Mitglieder von Gemeinderäten
Samstag, 31. Oktober 2009

Sind Zwangsfusionen liberal?

Ich höre schon den Aufschrei!

- Zwang
- Behördenallmacht
- Planwirtschaft
- linke Idee
- widerspricht freiheitlichem Gedankengut

Frage:

Wie sind bestandene FDP-Grossräte, Mitglieder der Geschäftsleitung, also keine Hinterbänkler, überhaupt dazu gekommen, eine solche Forderung zu stellen?

Was verlangt die Motion?

Der Regierungsrat wird beauftragt:

1. die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, um Fusionen
 - von leistungsunfähigen Gemeinden mit Nachbargemeinden
 - von Gemeinden, die wesentliche Aufgaben, insbesondere aus den Bereichen Infrastrukturen, Planung, Verkehr, Bildung, Kultur, Wirtschaft und Soziales, gemeinsam lösen müssennötigenfalls auch gegen ihren Willen an die Hand zu nehmen und umzusetzen
2. die nötigen materiellen und personellen Ressourcen zur Unterstützung und Begleitung von Fusionsprojekten zur Verfügung zu halten.

Gleichzeitig hat die SP-Fraktion eine Motion mit ähnlicher Zielsetzung eingereicht.

Zur Begründung unserer Motion wiesen wir darauf hin, dass das Ziel des zwölf Jahre dauernden Gemeindefusionsgesetzes (2005 – 2017), die Anzahl Gemeinden im Kanton Bern von 400 auf 300 zu reduzieren, mit rein freiwilligen Massnahmen nicht erreicht werden könne, trotz der sehr guten Arbeit von Christoph Miesch, Vorsteher AGR, und seinem Team.

Unser Ziel mit der Motion: **fördern und durchsetzen**

Unsere Zielgruppen: kleine, funktionsunfähige Gemeinden und die Zentren.

Zu unserer Freude war der Regierungsrat bereit, die Motion anzunehmen. Grund: in der Debatte zum FILAG 2012 in der Märzsession 2009 hatte der Grosse Rat bereits Wege zu Zwangsfusionen vorgezeichnet

Plenumsdebatte:

Entstehung der Gemeinden als Nutzungsgenossenschaften für gemeinsame Einrichtungen. Heute immer noch so, aber Einrichtungen, Ansprüche, Aufgaben vervielfacht

Kleine Gemeinden überfordert (personelle, qualitativ)

Städte und Vororte zusammengedrückt, Grenzen unsichtbar, künstlich. Kohärente Entscheide behindert (Sperrung Halenstrasse, Bahnhofplatz)

Verein „Bern neu gründen“!

Heute guter Wille, Einsicht, Vernunft der Gemeinden für neue Strukturen nötig. Kanton kann nur unterstützen.

Wenn

- Behörden nicht gewählt werden können
- Gemeinden finanziell am Tropf des Kantons (14 Gemeinden mehr Subventionen als Steuerertrag)
- Einzelne Exponenten oder Organisationen Zusammenschluss hintertreiben (Bas Vallon, Ligerz)

muss heute der Kanton hilflos zusehen und kann nur feststellen, dass Fusion gescheitert ist.

Kanton muss als Spielleiter stärkeren Einfluss nehmen können. Schiri hat Kompetenzen: gelbe, rote Karte, eingreifen, lenken, Zwang ausüben

P. Flück: Beispiele anderer Städte und Kantone: Zürich, Lugano, Luzern, im Kanton Bern Biel nach dem 1. Weltkrieg

Hinderungsgründe:

- Bürgergemeinden (aufpassen!)
- Mandatsträger (Locarno! 1700 statt 200 Behördemitglieder)
- Emotionale Elemente: Name, Wappen, Tradition

Vor 8 Tagen Grossrats-Kandidatentreffen in Bolligen. Claude Longchamp: 1833 mit Gemeindegesetz 400 kleine Königreiche geschaffen.

Vor zwei Jahren haben wir 26 Landvogteien abgeschafft; Wollen wir, sollen wir die 400 Königreiche belassen?

FDP hat Traditionen und Werte immer hochgehalten, aber Strukturen stets hinterfragt.

FDP war treibende Kraft hinter Bezirks- und Verwaltungsreform

FDP hat immer in die Zukunft geschaut. Unterschied zu SVP und SP, die nach hinten schauen, SVP bis 1291, SP zum Klassenkampf..

Liberal heisst nicht, staatliche Lenkungsmassnahmen rundweg abzulehnen, sondern jetzt sinnvolle, massvolle Leitplanken setzen für eine erfolgreiche, gedeihliche Entwicklung in der Zukunft.

Deshalb meine Schlussthesen:

Die Gemeinde ist die Kernzelle der Demokratie

Der Kanton Bern braucht starke Gemeinden

Im Kanton Bern gibt es zu viele schwache Gemeinden

Der Kanton Bern braucht ein starkes Zentrum, um im Wettbewerb der Regionen zu bestehen

In der Kernregion Bern wird noch zuviel Energie für internen Wettbewerb verschwendet

Der Kanton muss den Prozess von Zusammenschlüssen als Schiedsrichter begleiten, leiten, fördern, beschleunigen und wenn nötig durchsetzen können, um den Weg für eine erfolgreiche Zukunft unseres Staatswesens frei zu machen.

31.10.09